

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Anbindung des Berliner Südens weiter qualifizieren: Ausbau der U6 nach Lichtenrade

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die die Möglichkeiten einer Verlängerung der U-Bahnlinie 6 über Alt-Mariendorf hinaus in Richtung Süden bis nach Lichtenrade prüft. Die Studie soll sowohl mögliche Streckenverläufe untersuchen als auch die geeigneten Standorte für notwendig zu errichtende Bahnhöfe identifizieren.

Darüber hinaus soll der Senat in Gesprächen mit der BVG darauf hinwirken, dass diese den Standort des geplanten Gleichrichterwerks für die Fahrstromversorgung so wählt, dass es einer möglichen künftigen Verlängerung der U6 nicht im Wege steht.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Außenbezirke Berlins werden immer beliebter bei den Menschen. Die Einwohnerzahlen steigen kontinuierlich an. Mit dieser Entwicklung muss auch der ÖPNV schritthalten. Bisher endet die U-Bahnanbindung in Alt-Mariendorf. Die Anreise nach bzw. Abreise ab Alt-Mariendorf kann mit dem ÖPNV derzeit nur mit Buslinien erfolgen. Trotz bereits dichten Takts in den Hauptverkehrszeiten sind die Busse oftmals überfüllt - unregelmäßige Fahrten und Verspätungen sind die Folge. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass hier der ÖPNV am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten anhaltenden Wachstumsimpulse in der südlichen Region Berlins ist eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U6 bis nach Lichtenrade

zwingend geboten. Die U-Bahn ist das Verkehrsmittel der Zukunft in einer Metropole wie Berlin. Die jüngst präsentierten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U8 haben deutlich das Potenzial und den Nutzen des U-Bahn-Ausbaus gezeigt. Die erwartbare Bevölkerungsentwicklung rund um Lichtenrade lässt ähnliche Resultate vermuten.

Das am südlichen Ende der U6 geplante Gleichrichterwerk der BVG darf einer U-Bahn-Verlängerung nicht im Wege stehen.

Berlin, 10. Februar 2020

Dregger Friederici Simon Graf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU